

# Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 125 | Jan-März | 2008

## INHALT

EAPN-Kampagne für

### Mindesteinkommen

- Überblick über die EAPN-Kampagne 1
- Stellungnahme des EAPN zur Anhörung der Kommission bezüglich der aktiven Eingliederung 1
- Was erwartet das EAPN von dieser Kampagne? 3
- Mindesteinkommensmodelle in der EU: Unterschiedliche Realitäten 4
- Mindesteinkommen: Worum geht es eigentlich? 4
- Mindesteinkommensmodelle: Mythen und Realität 6
- Wie lebt es sich vom Mindesteinkommen? 6
- EAPN-Kampagne: Interview mit dem EAPN-Österreich und dem EAPN-Vereinigtes Königreich 7
- Über Armut lässt sich nicht leicht sprechen ... 7

### Nachrichten aus Belgien

- Kampagne des EAPN-Belgien zu Mindesteinkommen bringt erste positive Reaktionen 8
- Im Blickpunkte: EAPN Belgien 8
- Die Krise in der belgischen Politik erzeugt soziale Unsicherheit 9



## Ein möglicher neuer Impuls für das soziale Europa: Stellungnahme des EAPN zur Anhörung der Kommission bezüglich der aktiven Eingliederung

Am 17. Oktober 2007, dem Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut, veröffentlichte die Kommission folgende Mitteilung: "Modernisierung des Sozial-schutzes im Interesse einer größeren sozialen Gerechtigkeit und eines stärkeren wirtschaftlichen Zusammenhalts: Die aktive Einbeziehung der arbeitsmarktfernen Menschen voran bringen"

Es handelt sich dabei um die zweite Phase einer im Jahr 2006 begonnenen Anhörung, über die die Kommission die Idee der aktiven Eingliederung fördern möchte; diese Idee beinhaltet auch eine adäquate Höhe der Einkommensunterstützung mit einer Verbindung zum Arbeitsmarkt und einem besseren Zugang zu Dienstleistungen. Unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 werden die Mitgliedstaaten über die Verabschiedung gemeinsamer Grundsätze zur aktiven Eingliederung diskutieren. In seiner am 28. Februar veröffentlichten Stellungnahme begrüßt das EAPN diese Anhörung durch die Kommission als eine wichtige und rechtzeitige Initiative, die positive Erwartungen weckt, und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem ansonsten der allgemeine politische Rahmen auf EU-Ebene beklagt wird, der für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung nicht eben günstig ist.

Das EAPN besteht darauf, dass aktive Eingliederung als Ganzes verstanden und umgesetzt wird, unter Beachtung, dass ihre drei Komponenten ganz und gar wechselseitig voneinander abhängen und dass adäquate Einkommen und Dienstleistungen eine Voraussetzung für die berufliche und soziale Eingliederung sind.

Das EAPN empfiehlt ebenfalls, dass die Umsetzung von Grundsätzen der aktiven Eingliederung einer gestärkten offenen Methode der Koordinierung folgt, und zwar im Rahmen einer besseren Kohärenz

## Jeder Mensch verdient ein Leben in Würde: Ein Überblick über die EAPN-Kampagne für adäquate Mindesteinkommen

Am 19. Dezember 2007 startete das EAPN eine EU-weite Kampagne für adäquate Mindesteinkommen. 24 von 27 Mitgliedstaaten verfügen zur Zeit über Mindesteinkommensmodelle, doch gibt es bedeutende Mängel, was deren Zugänglichkeit und Angemessenheit anbelangt. Es ist Zeit, einmal klar auszusprechen, dass adäquate Mindesteinkommen eine grundlegende Voraussetzung für eine EU sind, die auf sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle basiert.

**E**in Mindesteinkommen kann als beitragsunabhängige Einkommensgarantie definiert werden, durch die Menschen, die nicht für sich selbst sorgen können, einen Mindestbetrag an monetärem Einkommen erhalten. Bei Armut geht es zwar nicht nur um Geld, doch bedeutet, ausreichend Geld zum Leben zu haben, eine wesentliche Voraussetzung für ein Leben in Würde. Darüber hinaus bilden Mindesteinkommensmodelle den Eckstein des Sozial-schutzes. Angesichts der fehlenden Fortschritte im Kampf gegen Armut gibt es drei Hauptgründe, warum das EAPN jetzt eine Kampagne für Mindesteinkommen starten möchte.

### Mindesteinkommensmodelle sind nicht allen Menschen zugänglich und ihre Höhen sind zu gering für einen ausreichenden Lebensstandard.

Nicht alle EU-Länder haben Mindesteinkommensmodelle. Italien, Griechenland und Ungarn fehlen solche Modelle auf nationaler Ebene. Und in Ländern, die über solche Modelle verfügen, ist nicht gewährleistet, dass alle Menschen Zugang haben. Einige Gruppen haben kein Anrecht auf Mindesteinkommen, sei es aufgrund ihres Alters, ihrer Beschäftigungssituation oder ihres Migrantenstatus. Die Komplexität der Systeme verhindert, dass Menschen ihre Rechte wahrnehmen können: Die bestehenden Unterstützungssysteme sind häufig ein kompliziertes Geflecht, das viele Menschen unverständlich finden und das sie davon abhält, zu beantragen, was ihnen zusteht. Außerdem sind Mindesteinkommen nicht hoch genug, um Menschen aus der Armut zu befreien. Sie berücksichtigen weder die steigenden

Lebenshaltungskosten, noch die angestiegenen Kosten für Leistungen, auf die die Menschen angewiesen sind, wie etwa Wohnkosten und Energie. Sie tragen nicht der Realität eines großen finanziellen Defizits Rechnung, mit dem Menschen häufig leben müssen.

### Die Mindesteinkommensmodelle sind immer mehr mit Einschränkungen und Zwängen verbunden, mit dem Ziel, den Menschen "Anreize" für die Arbeit zu bieten

Der Bezug eines Mindesteinkommens bzw. der Sozialhilfe ist immer mehr mit Einschränkungen verbunden, um die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erzwingen. Leistungen werden nach einer bestimmten Zeit gekürzt, was als "Anreiz" dienen soll, sich aktiver um eine Arbeit zu bemühen. Dies hat zum Ergebnis, dass Sozialhilfe in manchen Fällen mit der Annahme qualitativ minderwertiger Jobs verbunden ist, die nicht den persönlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Diese Sanktionen bringen manche Menschen ungerne rechtfertigterweise in die Situation, dass sie keinerlei Einkommen für ihren Lebensunterhalt beziehen.

**Mindesteinkommen sind oft nicht hoch genug, um Menschen aus der Armut zu befreien.**

Im Widerspruch zu den populistischen Annahmen, die diesen Zwangs-

ansatz nähren, möchten Menschen Arbeit finden und der Gesellschaft nützlich sein, doch stehen sie zahlreichen Hindernissen und Barrieren gegenüber, die sie davon abhalten (wie z.B. einem Mangel an qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, dem fehlenden Zugang zu Bildung und Ausbildung usw., fehlenden Hilfsdiensten, wie etwa Kinderbetreuung und weitere Betreuungsdienste).

## Fehlende öffentliche und politische Anerkennung des Rechts auf einen Zugang zu Mindestmitteln durch negative Bilder und Klischeevorstellungen

Die Stigmatisierung der Sozialhilfeempfänger und die weit verbreiteten falschen Vorstellungen bezüglich der Menschen, die mit Hilfe des Mindesteinkommens überleben, erzeugen aktuell eine große politische Leere und verhindern jegliche öffentliche Anerkennung. Das Mindesteinkommen wird nicht als wesentlicher Bestandteil einer würdigen Gesellschaft angesehen oder als eine Sicherung, die allen Menschen im Notfall zugänglich ist, sondern als ein Geschenk an faule Zeitgenossen, die keinerlei Ambitionen haben, sich eine Arbeit zu suchen.

Der Zugang zu Mindesteinkommen ist ein soziales Recht und die Voraussetzung für ein Leben in Würde. In einer würdigen Gesellschaft sollte niemand - kein Mann, keine Frau und kein Kind - gezwungen sein, unterhalb der Armutsschwelle zu leben. Die Bewilligung von Mindesteinkommen bewirkt in unserer Gesellschaft viel Positives: Sie bietet nicht nur Menschen in prekärer Situation, die nicht arbeiten können, eine Sicherung, sondern gibt den Menschen auch die nötige Sicherheit, um aktiv nach Arbeit suchen zu können, anstatt ihre ganze Kraft für den Kampf ums Überleben aufzuwenden. Ohne die Gewährung von Mindesteinkommen würde Armut der Gesellschaft teurer kommen, insbesondere in Hinblick auf Gesundheitskosten, Bildung, öffentliche Ausgaben usw.

## Mindesteinkommen in den Prozessen der EU-Politik ...

### 1992: Ein erster, aber noch nicht ausreichender Schritt ...

Am 24. Juni 1992 kam der Europäische Rat einstimmig überein, das Grundrecht jedes Einzelnen auf für ein menschenwürdiges Leben ausreichende Zuwendungen und Mittel anzuerkennen (Empfehlung 92/441/EWG).

Seit Jahren forderte das EAPN Mindesteinkommensmodelle, die auf grundlegenden Rechten basieren, allen Menschen zugänglich und hoch

genug sind, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Das EAPN hat darauf hingewiesen, dass solche adäquaten Mindesteinkommensmodelle unter Teilhabe der von Armut betroffenen Menschen umgesetzt werden müssen, und zwar im Rahmen eines integrierten Ansatzes, um sicherzustellen, dass der Zugang zu sich gegenseitig verstärkenden adäquaten Mindesteinkommen, vernünftigen Jobs und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen entwickelt wird; gleichzeitig soll finanzielle und anderweitige Unterstützung für Menschen sichergestellt werden, für die Arbeit aufgrund familiärer Pflichten, des Alters, einer Behinderung usw. keine Option ist.

### Die "aktive Eingliederungsstrategie": Frischer Wind und neue Möglichkeiten

Seit Februar 2006 fördert die Kommission einen neuen Ansatz zur aktiven Eingliederung, der als umfassende Strategie mit drei Hauptelementen definiert wird:

- 1) Eine Verbindung zum Arbeitsmarkt durch Arbeitsmöglichkeiten oder berufliche Bildungsmöglichkeiten
- 2) Eine Einkommensunterstützung, die für ein Leben in Würde ausreicht
- 3) Besserer Zugang zu Dienstleistungen, um die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen - Kinderbetreuungsdienste, Gesundheitsdienste, Beratungen, lebenslanges Lernen, IKT, flexible Arbeitsmodelle usw. Das EAPN begrüßt diesen ganzheitlichen Ansatz.

In den vergangenen Monaten konsultierte die Europäische Kommission Mitgliedstaaten, Sozialpartner, das Europäische Parlament und alle Akteure bezüglich weitreichenderer Maßnahmen auf EU-Ebene zur Umsetzung dieses Ansatzes. Insbesondere könnte der Europäische Rat bis Ende 2008 eine Reihe gemeinsamer Grundsätze zur aktiven Eingliederung verabschieden.

Das EAPN begrüßt diesen Vorschlag und hofft, dass er die Mitgliedstaaten dazu motiviert, adäquate Mindesteinkommenssysteme zu entwickeln, die das Leben der von Armut betroffenen Menschen wirklich verändern können. Dies wird kein leichtes Unterfangen werden angesichts eines Rahmens, in dem Beschäftigung häufig als einziger Weg aus der Armut angesehen wird.

zwischen den Prozessen, die sich auf die soziale Eingliederung auswirken und mittels einer konkreten Unterstützung durch Finanzierungsinstrumente.

Weiterhin fordert das EAPN EU-Leitlinien, um die qualitative Teilhabe von Organisationen gegen Armut und den von Armut betroffenen Menschen in einem kontinuierlichen dynamischen Prozess sicherzustellen.

Claire Champeix,  
EAPN, Verantwortl. Politik

## Was erwartet das EAPN von dieser Kampagne?

Das EAPN hält den Zeitpunkt für gekommen, seine Kampagne für Mindesteinkommen einzuleiten. Dabei werden drei Ziele verfolgt:

### Ein Ziel für die politischen Prozesse

Kurzfristig wünschte das EAPN, dass die EU-Mitgliedstaaten am Anhörungsprozess der Kommission zur aktiven Eingliederung teilnehmen und konkret auf diesen Prozess reagieren, der im Februar 2008 endete. Aktuell möchte das EAPN, dass sich die EU-Mitgliedstaaten an der Ausarbeitung gemeinsamer Grundsätze zur aktiven Eingliederung konkret beteiligen, die Ende 2008 verabschiedet werden sollen. Außerdem wünscht das EAPN, dass der Anhörungsprozess der Kommission zur "aktiven Eingliederung" die Mitgliedstaaten motiviert, den Zugang aller zu adäquaten Mindesteinkommen sicherzustellen und dass dieser Prozess den Weg für eine europäische Debatte bezüglich verbindlicher EU-Instrumente ebnet.

## Ein Ziel für die Bewusstseinschärfung

Das EAPN möchte negativen Darstellungen, die mit Armut assoziiert werden, entgegenwirken. Oft herrscht die Ansicht, dass es in unseren Gesellschaften keine Armut gibt. Von Armut betroffene Menschen werden als zu faul zum Arbeiten angesehen, und die Lösung besteht darin, den Erhalt von Sozialleistungen mit weiteren Bedingungen zu verknüpfen, so dass die Menschen gezwungen werden, eine Arbeit anzunehmen. Es gibt kein Verständnis dafür, wie die Realität dieser Menschen aussieht und dass andere Probleme angegangen werden müssen. Diese Menschen benötigen vor allem unsere Hilfe, damit sie vollständig an der Gesellschaft teilhaben können. Die oben genannten Wahrnehmungen wollen wir durchbrechen.

## Ein Ziel für die Entwicklung des EAPN

Über diese Kampagne soll eine starke Botschaft entwickelt werden, die das EAPN längerfristig nutzen kann. Die Kampagne ist ebenfalls der Beginn eines Prozesses, mit dem die Kapazitäten der nationalen EAPN-Netzwerke für die Organisation von Kampagnen entwickelt und ihr entsprechendes Profil geschärft werden soll.

## Mindesteinkommen: Worum geht es eigentlich?

Sozialleistungen und Sozialhilfe werden Einkommen genannt, die Behörden aus unterschiedlichen Gründen gewähren: Wegen Krankheit oder einer Behinderung, aufgrund des Alters, familiärer Pflichten, Arbeitslosigkeit usw. Einige dieser Einkommensunterstützungen heißen auch Ersatzleistungen, da sie im Falle von Arbeitslosigkeit Arbeitseinkommen ersetzen. Die Leistungen werden auf Grundlage einer Versicherung oder der Sozialhilfe organisiert.

Das EAPN wird sich auch in Zukunft an der politischen Debatte zu allen Aspekten der aktiven Eingliederung beteiligen (siehe Rand Seite 2), doch werden wir dieses Thema auch in einem breiteren Kontext hervorheben und durch diese Kampagne weiterhin dafür sensibilisieren, wie dringend notwendig Mindesteinkommen in der Europäischen Union sind.

Claire Champeix  
EAPN, Verantwortl. Politik

Weitere Informationen zur EAPN-Kampagne und entsprechendes Material finden Sie unter: [http://www.eapn.org/code/en/news\\_detail.asp?pk\\_id\\_content=3130](http://www.eapn.org/code/en/news_detail.asp?pk_id_content=3130)

## Mindesteinkommensmodelle in der EU: Unterschiedliche Realitäten

**Fast alle EU-Mitgliedstaaten haben - obwohl in unterschiedlicher Form und mit verschiedenen Zeitpunkten des Inkrafttretens - ein universelles Sozialhilfemodell entwickelt, das allen legalen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Mindesteinkommen für "ein Leben in Würde" sicherstellen soll - wie auch immer die nationale Auslegung der Idee eines "Lebens in Würde" aussehen mag.**

In der EU gibt es nur drei Länder, die über kein universelles System für ein garantiertes Mindesteinkommen (GME) verfügen: Italien, Griechenland und Ungarn. In diesen Ländern sind jedoch gerade Reformen in Gange, deren Ergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt aber noch unklar sind.

### Unterschiedliche nationale Auslegungen bei den Grundprinzipien ...

Betrachtet man die Grundprinzipien zum GME, kann man die Länder in verschiedene Gruppen einteilen:

Eine erste Gruppe besteht aus Ländern, bei denen GME-Modelle ein ausreichendes Ersatzeinkommen bieten sollen, mit dem Lebensstandards erhalten bzw. erreicht werden sollen, die gesellschaftlich als Minimum für ein Leben in Würde angesehen werden (DE, AU, FI, SE, MT). Einige Länder haben dieser Formulierung auch noch explizit das Ziel der sozialen Eingliederung durch Aktivierung hinzugefügt (DK, BE, L, NL, FR).

Bei einer weiteren Ländergruppe geht das Ziel der GME-Modelle eher in Richtung Existenzminimum (ES, PT, SI, BG, RO, CZ, SK, EE) oder ist auf bedürftige Menschen oder Haushalte ausgerichtet (UK, IE, LV, PL).

Spanien und Luxemburg sind die einzigen Länder, die als Ziel ihrer GME-Modelle explizit den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung nennen.

Die Bedürftigkeitsprüfung der Leistungen und die Verpflichtung arbeitsfähiger Personen zur aktiven Jobsuche sind allen garantierten Mindesteinkommensmodellen gemein.

### Die Höhe der gewährten Leistungen bleibt heterogen

Abgesehen von diesen gemeinsamen Merkmalen ist die Höhe der gewährten Leistungen in der EU recht heterogen. Für eine alleinstehende Person (ohne Berücksichtigung weiterer Sozialtransfers) kann die Höhe von 28 Euro monatlich in Lettland bis zu 1130 Euro pro Monat in Dänemark reichen.

In einigen Mitgliedstaaten, in denen die allgemeinen Sozialleistungen niedriger sind, gibt es jedoch zusätzlich spezifische Leistungen für Wohnkosten, Gesundheit, Familien oder für grundlegende Dienste, wie Bildung, Heizung, Gas/Strom, Verkehrsmittel.

Einige Länder haben auch spezifische GME-Modelle für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie

etwa alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen. Das Sicherheitsnetz kann den Zugang zu spezifischen Dienstleistungen beinhalten (Rechtsberatung, Hilfe bei Überschuldung) und manchmal auch zu Sachleistungen (Lebensmittel oder Kleidung).

### Effizient im Kampf gegen Armut?

Zahlen zeigen, dass in allen EU-Ländern das Nettoeinkommen der Haushalte von Sozialhilfeempfängern nicht die Armutsschwelle von 60 % des Median-Haushaltseinkommens erreicht, welches die EU-Referenzgröße für die Armutsschwelle darstellt. Betrachtet man die entsprechende 50 %-Grenze, so liegen die Einkommen der Haushalte von Sozialhilfeempfängern nur in wenigen Ländern knapp über diesem Limit. Noch beunruhigender: Selbst wenn man die niedrigste Armutsgrenze von 40 % des Einkommensmittelwertes zugrunde legt (was vom Einkommensstandpunkt aus gesehen extreme Armut bedeutet), so fanden sich nur wenige Länder, in denen das Einkommen von Haushalten, die von Sozialhilfe leben, über dieses extreme Limit kommt.

Einkommen, das über GME und Sozialhilfe gebo-

ten wird, scheint daher nicht einmal auszureichen, um Situationen extremer Armut zu verhindern, was normalerweise das Mindestziel dieser letzten Auffangnetze ist.

Audrey Gueudet  
Informationsreferentin des EAPN

Der obige Artikel beruht auf dem Bericht "Minimum income standards in enlarged EU: Guaranteed Minimum Income Schemes", erstellt von Ramon Peña Casas im Rahmen eines von der Europäischen Kommission finanzierten transnationalen Projektes unter Leitung des EAPN-Irland. Untersucht wurde, ob die EU-weite Festlegung sozialer Standards wünschenswert und machbar ist.

[http://www.eapn.ie/pdfs/155\\_paper%20II%200%20Minimum%20income%20standards%20in%20enlarged%20EU.pdf](http://www.eapn.ie/pdfs/155_paper%20II%200%20Minimum%20income%20standards%20in%20enlarged%20EU.pdf)

Mindesteinkommensmodelle unterscheiden sich von Mindestlohnmodellen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen gesetzlich oder tariflich festgelegten Mindestlohn bieten.

Mindesteinkommen sind als letztes Mittel gedachte Sozialhilfemodelle und bilden daher einen Rettungsanker für Menschen in größter Armut. Die meisten EU-Mitgliedstaaten verfügen über ein Mindesteinkommenssystem, doch sind die einzelnen Modelle, was Zugänglichkeit und Eignung betreffen, enorm unterschiedlich. Die meisten sind nicht wirksam genug gegen Armut.

1992 empfahl der Europäische Rat den Mitgliedstaaten, "das Grundrecht jedes Einzelnen auf für ein menschenwürdiges Leben ausreichende Zuwendungen und Mittel anzuerkennen".

Die Höhen der Mindesteinkommen sollten unter Teilhabe der Betroffenen im Verhältnis zu dem festgelegt werden, was nach den jeweiligen nationalen Standards als adäquat und anständig angesehen wird.

Mindesteinkommenssysteme sollten durch zugängliche, qualitativ hochwertige Dienstleistungen ergänzt werden und, im Falle von Menschen, die wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen können, durch konstruktive Maßnahmen, die ihnen bei der Rückkehr in die Beschäftigung helfen. Aus diesem Grunde unterstützt das EAPN die Idee des adäquaten Mindesteinkommens für ein Leben in Würde.

Adäquate Mindesteinkommen sollten bei der Förderung hoher Sozialstandards im Mittelpunkt stehen, so dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten für den sozialen Zusammenhalt eintreten.



## Wie lebt es sich vom Mindesteinkommen?

"Die Art, wie die Menschen einen ansehen, ist erniedrigend. Man wird nicht als Mensch wahrgenommen."

"Das Problem besteht nicht darin, dass uns gelegentlich das Geld ausgeht; das eigentliche Problem ist, dass wir so unser gesamtes Leben verbringen und unsere Kinder auch in diese Situation hineinwachsen."

"Ich kann keine Kontakte pflegen. Mein Selbstvertrauen ist am Ende, da ich mich jeden Tag vor dem nächsten Morgen fürchten muss".

"Ich habe Freunde verloren, da ich bei ihren Aktivitäten nicht mitmachen kann."

"Mein Einkommen wurde nach sechs Monaten aufgrund einer Sozialhilfe-Obergrenze gekürzt. Die Kürzung meiner Unterstützung bedeutet, dass ich jetzt in der letzten Woche des Monats nicht genug Geld für Essen habe."

Die obigen Zitate stammen aus dem Bericht des Fünften Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen, Österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2006, und aus "Stimmen der Armut", EAPN 2006.

Diese Dokumente finden Sie auf der EAPN-Website unter: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

Prof. John  
VEIT-WILSON

Visiting  
Professor



## Mindesteinkommensmodelle: Mythen und Realität

Viele Menschen befürchten, dass adäquate Mindesteinkommen Arbeitsanreize verschwinden lassen und dass adäquate Mindestlöhne für Unternehmen unrentabel sind und der nationalen Wirtschaft schaden. Das EAPN bat John Veit-Wilson, einen internationalen Experten auf diesem Gebiet, zu einigen häufig gehörten Einwänden gegen Mindesteinkommensmodelle Stellung zu beziehen.

**Höhere Mindesteinkommen würden die Arbeitsanreize verringern, da sie die Kluft zwischen Sozialleistungen und Mindestlöhnen verkleinern.**

Die Vorstellung, dass Menschen zwischen Arbeit und Sozialleistungen einzig auf Grundlage einer rationalen Berechnung wählen, ist lediglich eine wirtschaftliche Theorie, für die es keinen echten Beweis gibt. Ganz im Gegenteil versuchen die meisten arbeitsfähigen Menschen, eine Beschäftigung zu finden, durch die sie genug verdienen, um sich selbst und ihre Familien vor Armut zu schützen. Viele Menschen, die zu jung oder zu alt sind, familiäre Pflichten oder eine Behinderung haben und daher keinen Zugang zu bezahlter Arbeit bekommen, benötigen gleichermaßen adäquate Mindesteinkommen.

Wenn es der Gesellschaft nicht gelingt, durch die Sicherstellung adäquater Mindesteinkommen die arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen vor Armut zu schützen, werden nicht nur diese Menschen, ihre Kinder und gegebenenfalls weitere abhängige Personen geschädigt, sondern es entstehen der Gesellschaft und der gesamten Wirtschaft auch langfristige Kosten, etwa durch einen schlechten Gesundheitszustand oder einem Verlust an Arbeitskraft.

**Eine Anhebung der Mindesteinkommen würde zu mehr Betrug bei den Leistungen führen und das System unkontrollierbar machen.**

Die meisten falschen Sozialhilfeauszahlungen beruhen eher auf Fehlern denn auf Betrug (festgestellt vom "UK National Audit Office"). Viele dieser Fehler werden von den

Sachbearbeitern selbst begangen, da die Systeme so kompliziert sind, dass nicht einmal die eigenen Mitarbeiter bei den Leistungszahlungen durchblicken, was häufig dazu führt, dass Empfänger eher weniger bekommen, als ihnen zusteht, und nicht etwa mehr.

Wenn es Anreize für unberechtigte Ansprüche auf Sozialhilfe gibt, liegt dies daran, dass Empfänger zu wenig Geld haben, um ein Leben in Würde zu führen. Was ihre Verwaltung anbelangt, sind viele der bestehenden Sozialhilfesysteme dermaßen unterfinanziert, dass sie zur Zeit nicht entsprechend ihrer Ziele geleitet werden. Höhere Leistungen, einfachere Anspruchsberechtigungen und eine bessere Personalsituation würden dazu beitragen, dass die Systeme ihre Ziele effektiver verfolgen und ihre Mittel effizienter einsetzen können.

**Wenn die Mindesteinkommen angehoben werden, würden die Arbeitskräfte verlangen, dass niedrige Löhne ebenfalls erhöht werden, doch die Unternehmen können sich höhere Löhne nicht leisten. Um wettbewerbsfähig zu sein, müssen wir den Sozialstaat anpassen und einschränken.**

Auch dieses Argument beruht auf einer stark vereinfachten Wirtschaftstheorie. Es ist bewiesen, dass höhere Mindestlöhne in EU-Mitgliedstaaten mit hohem Wachstum und einer stabilen Wirtschaft vereinbar sind sowie mit mehr Gleichheit und einem besseren Sozialstaat. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten stets anständige Löhne erhalten.

**Wenn es der Gesellschaft nicht gelingt, die Menschen vor Armut zu schützen, entstehen der Gesellschaft und der gesamten Wirtschaft langfristige Kosten.**

Warum sollen die Arbeitskräfte mit den niedrigsten Einkommen die Last auf sich nehmen, die nationale Wirtschaft auf einem Sicherheitsniveau zu halten, von dem die gesamte Gesellschaft profitiert? Wenn die Anhebung ihrer Löhne auf ein anständiges Niveau wirtschaftliche Konsequenzen hat, dann sollten die Kosten für Arbeit, von der die Gesellschaft profitiert, von denen getragen werden, die die meisten Mittel dazu haben, und nicht von den Menschen mit den geringsten Mitteln. Wenn sich die Unternehmen wirklich keine anständigen Löhne für jene Arbeitskräfte leisten können, die am wenigsten verdienen, dann ist es richtig, dass diejenigen, die mehr

verdienen zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen, und zwar mittels der Besteuerung von Einkommen und Gewinnen.

**Weitere Antworten auf häufig gehörte Argumente finden Sie auf der EAPN-Website unter: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)**

Zusatzinformationen zur Einkommensangemessenheit gibt es auch auf der Website von John Veit-Wilson: [www.staff.ncl.ac.uk/veit-wilson](http://www.staff.ncl.ac.uk/veit-wilson)

## Die EAPN-Kampagne für Mindesteinkommen in den nationalen Netzwerken: Interview mit dem EAPN Österreich und dem EAPN-Vereinigtes Königreich

**EAPN-Österreich: Eine Mindestsicherung braucht mehr als ein bestimmtes monatliches Mindesteinkommen!**

Anfang 2009 soll ein neues Mindesteinkommenssystem eingeführt werden, mit dem Ziel, das Sozialhilfesystem zu verbessern, das zur Zeit von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich ist. Es handelt sich um ein System mit Bedürftigkeitsprüfung, d.h. Empfänger, die als "beschäftigungsfähig" angesehen werden, müssen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Das neue System beinhaltet zwar zum Teil Elemente, die das EAPN-Österreich seit vielen Jahren gefordert hat, doch bestehen auch noch zahlreiche Bedenken, speziell in Hinblick auf die Umsetzung. Das EAPN-Österreich ist vor allem besorgt, wie - und von wem - Beschäftigungsfähigkeit und Bedürftigkeit geprüft werden und kritisiert die fehlenden Konzepte für die bessere Eingliederung der Menschen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind.

Unter Nutzung des EAPN-Kampagnenentwurfs wird das EAPN-Österreich eine eigene

Kampagne starten, die darauf aufmerksam macht, dass eine Mindestsicherung mehr als ein bestimmtes monatliches Mindesteinkommen braucht und auch von Arbeitsmarktmaßnahmen abhängt, die qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit Mindestlöhnen sicherstellen sollen, anstatt Menschen um jeden Preis zu zwingen, jedwede Arbeit anzunehmen.

Das EAPN-Österreich wird auch die Notwendigkeit guter sozialer Infrastrukturen hervorheben, die jedem Menschen den Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen garantieren. Außerdem wird darauf hingewiesen werden, dass eine bessere Qualifizierung und spezifische Ausbildungsprogramme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sozial- und Arbeitsmarktdiensten nötig sind. Von Armut betroffene Menschen sollten respektiert und nicht gedemütigt werden! Die Kampagne wurde dem österreichischen Bundespräsidenten Anfang März vorgestellt.

**Michaela Moser  
EAPN-Österreich**

## Über Armut lässt sich nicht leicht sprechen ...

Die Kampagne für anständige Mindesteinkommen stellt für das EAPN Neuland dar. Während sie - und speziell das Bild zur Kampagne auf S. 1 dieser Ausgabe - entwickelt wurde, kamen viele verschiedene Fragen auf, unter anderem die, wie sich unsere Botschaft kommunizieren lässt, ohne von Armut betroffene Menschen zu stigmatisieren.

Unsere Kontakte mit verschiedenen Dienstleistungserbringern (und zwar sowohl für diese Kampagne als auch bei anderen Projekten) haben immer wieder gezeigt, wie uninformiert die Menschen beim Thema Armut sind, eine Unkenntnis, die nicht zuletzt von den Medien und der Gesellschaft allgemein geteilt wird.

Es ist daher viel Vorarbeit zu leisten, d.h. die Menschen sind über die vielen Gesichter der Armut und sozialen Ausgrenzung zu informieren, um alle geistigen Bilder zu vertreiben, die das Wort "Armut" heraufbeschwört.

Zunächst einmal muss über das Ausmaß der Armut in unseren Ländern aufgeklärt werden. Meist werden die Fakten reflexartig abgestritten. Wie können in einer der reichsten Regionen der Welt so viele Menschen in Armut leben?

Als nächstes muss erklärt werden, dass "Arme" keine homogene Masse sind, sondern dass es sich um verschiedene Menschen handelt, verschiedene Leben mit unterschiedlichen Problemen und dass der Versuch, Armut ein einziges Gesicht zu geben, fruchtlos ist.

Und schließlich müssen wir noch dem negativen Image entgegenwirken, mit dem Armut oft assoziiert wird. Von Armut betroffenen Menschen wird oft vorgeworfen, dass sie an ihrem Elend selbst schuld sind. Die Betonung der "individuellen Verantwortung" scheint als Erklärung in der öffentlichen Debatte immer öfter aufzutauchen, während das Argument "Ungerechtigkeit" schnell verhallt.

Audrey Gueudet  
Informationsbeauftragte (EAPN)

### EAPN-Vereinigtes Königreich: Adäquate Mindesteinkommen gehören auf die politische Agenda

Die Kampagne für adäquate Mindesteinkommen wird ein langer und harter Kampf - aber einer, der gewonnen werden muss. Die Erfahrung von Aktivisten im Vereinigten Königreich hat die Schwierigkeiten aufgezeigt, denen wir gegenüberstehen, und uns klar gemacht, dass wir auf unsere Netzwerke und Hilfsorganisationen angewiesen sind, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für adäquate Mindesteinkommen für alle zu gewinnen.

Seit 2003 haben wir über unsere Peanuts4Benefits-Kampagne aufgezeigt, dass die Sozialleistungen zu einem Prozentsatz steigen, der niedriger als der der Durchschnittslöhne ist und noch nicht einmal die Inflationsrate erreicht. Die Reaktion der Regierung bestand bzw. besteht nach wie vor darin, sich auf steigende Beschäftigungsquoten zu konzentrieren. Ziel ist jedoch lediglich eine Beschäftigungsquote von 80 %, was bedeutet, dass Millionen Menschen von Sozialleistungen abhängig sein werden.

In den letzten 30 Jahren hat eine systematische Propagandakampagne aller Regierungen die Mehrheit der Sozialleistungsempfänger als

Schnorrer dargestellt, deren Armut zum größten Teil selbstverschuldet ist. Anstatt ein adäquates Mindesteinkommen zu fördern, haben die Regierungen ein Umfeld unterstützt, in dem viele Menschen sagen, dass Leistungsempfänger nur dann etwas erhalten sollen, wenn sie sich verpflichten, sich selbst zu helfen oder im Gegenzug "gemeinnützige Arbeit" zu leisten.

Und dies, obwohl Studien aufzeigen, dass eine Einzelperson für eine gesunde Lebensweise doppelt so hohe Leistungen erhalten müsste, als es aktuell der Fall ist.

Die EAPN-Kampagne für Mindesteinkommen gibt den Aktivisten im Vereinigten Königreich neuen Auftrieb. Das Kampagnenmaterial ist von unschätzbarem Wert, wenn es darum geht, Organisationen zu überzeugen, dass wir einen Meinungswechsel der Öffentlichkeit herbeiführen können und dass dieses Thema alle Netzwerke in Europa betrifft.

Was die Größe der vor uns liegenden Aufgabe angeht, machen wir uns keine Illusionen, doch wenn wir kämpfen, können wir gewinnen. Wenn wir jedoch nichts unternehmen, haben wir schon verloren.

Colin Hampton  
EAPN-Vereinigtes Königreich



### Im Blickpunkt: EAPN-Belgien

Die Aktivitäten des belgischen Netzwerks gegen Armut (Belgisch Network Armoedebestrijding - EAPN-Belgien) spiegeln die staatliche Struktur des Landes wider und sind daher zwischen drei regionalen Gruppen aufgeteilt: Dem flämischen, dem wallonischen und dem Brüsseler Netzwerk.

Politische Themen von nationaler und europäischer Bedeutung werden vom belgischen Netzwerk verfolgt und angegangen, das dann die Mitgliedsorganisationen der regionalen Netzwerke über die Entwicklungen der EU-Po-

## Nachrichten aus Belgien Kampagne des EAPN-Belgien zu Mindesteinkommen bringt erste positive Reaktionen

**Das belgische Netzwerk hat in den vergangenen Monaten an der EAPN-Europa-Kampagne für Mindesteinkommen aktiv mitgearbeitet.**

**D**as belgische Netzwerk und seine regionalen Netzwerke haben Briefe an die zuständigen nationalen und regionalen Ministerinnen und Minister geschickt und eine Reihe Organisationen und Einzelpersonen gebeten, diesem Beispiel zu folgen. Zurückgegrif-

fen wurde dabei auf das französische Kampagnenmaterial, wobei Flugblatt und Briefe ins Niederländische übersetzt wurden, mit einer angehängten Liste der betreffenden Ministerinnen und Minister. Das belgische Netzwerk selbst schrieb allen nationalen und regionalen Ministerinnen und Ministern, Parteiführern und belgischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Die Kampagne hätte noch weiter verstärkt werden können, etwa durch eine Vorabinformation



an alle Organisationen oder durch die persönliche Kontaktierung der wichtigsten Ministerinnen und Minister bzw. deren Stellvertretungen. Die Zeit erwies sich hier als größter Feind: Das belgische Netzwerk verfügt über kein Personal, mit Ausnahme einer Person, die befristet finanziert wird, speziell, um das Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen vorzubereiten.

Es gab viel positives Feedback, wie etwa die Botschaft des Parteiführers der flämischen Liberalen, unsere Anliegen in Bezug auf die Anhörung der Kommission zu unterstützen; ferner gab es Glückwünsche zur Kampagne und Unterstützungszusagen seitens der belgischen ständigen Vertretung bei der EU, des belgischen Ministeriums für soziale Eingliederung sowie seitens von Abgeordneten der Grünen und der Sozialdemokraten.

Die Antwort der belgischen Regierung auf die Mitteilung der Europäischen Kommission zur aktiven Eingliederung wurde auf den vierteljährlichen Treffen mit dem Ministerium für soziale Eingliederung diskutiert, wobei dieses versprach, weitere Ministerien für eine positive Reaktion zu kontaktieren. Leider führten die Schwierigkeiten bei der Bildung einer neuen nationalen Regierung dazu, dass die entsprechenden Ministerinnen und Minister nicht rechtzeitig auf die Mitteilung antworten konnten. Die belgische ständige Vertretung bei der EU bot jedoch an, alles für eine positive Antwort Belgiens zu unternehmen. Wir haben ihr die Stellungnahme des EAPN zukommen lassen. Das belgische Netzwerk bat auch die Ministerin für soziale Eingliederung, sich der Angelegenheit persönlich

anzunehmen und der Europäischen Kommission eine Antwort auf die Mitteilung zukommen zu lassen, selbst wenn die Frist dafür schon abgelaufen ist. Hoffentlich wird das Endergebnis genauso positiv sein wie das der ersten Anhörungsphase 2006.

Das belgische Netzwerk schlug auch vor, Mindesteinkommen auf die Liste der Themen zu setzen, die in den nächsten strategischen Bericht über Sozialschutz und die soziale Eingliederung 2008-2011 einfließen werden. Unser konkreter Wunsch besteht darin, alle Mindestleistungen wenigstens auf die Höhe der Armutsgrenze anzuheben. Dieser Vorschlag ging in den NAP 2006-08 ein, jedoch nur für Mindestrenten, mit dem Argument, dass es moralisch inakzeptabel sei, dass der Staat Menschen ohne anderes Einkommen zwingt, unterhalb der Armutsgrenze zu leben.

Wir entgegneten, wenn das Prinzip auf Mindestrenten angewandt werden kann, lässt es sich auch auf alle anderen Mindestleistungen ausweiten, die unterhalb der Armutsgrenze liegen. Unser Argument wurde angenommen, fand bei allen Teilnehmenden Unterstützung und wird der interministeriellen Konferenz zur sozialen Eingliederung vorgelegt werden, die über den neuen strategischen Bericht entscheidet. Wir werden sicherstellen, dass dieses Thema im Rahmen der zweimal monatlich stattfindenden Treffen der Arbeitsgruppe zum strategischen Bericht über Sozialschutz und die soziale Eingliederung weiterverfolgt wird.

**Ludo Horemans**  
EAPN Belgien

litik informiert.

Die Arbeitsgruppe zur Europapolitik des belgischen Netzwerks übernimmt die nationalen Vorbereitungen des jährlichen Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen. Diese Vorbereitungen finden über fünf nationale Treffen und eine Reihe regionaler Zusammenkünfte statt, an denen Menschen, die von Armut betroffen sind sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener staatlicher Institutionen teilnehmen. Die Arbeitsgruppe beteiligt sich auch mehrfach im Jahr an einigen größeren Informations- und Diskussionsforen zur aktuellen nationalen und europäischen Politik.

Auf Grundlage dieser internen Netzwerktätigkeiten beteiligt sich das EAPN-Belgien zusammen mit weiteren Akteuren an der Arbeitsgruppe für Maßnahmen, die von der belgischen Regierung im Rahmen des strategischen Berichtes über Sozialschutz und die soziale Eingliederung eingesetzt wurde. Das belgische Netzwerk trifft sich auch vierteljährlich mit dem belgischen Ministerium für soziale Eingliederung, um den Verlauf und die Fortschritte im Kampf gegen Armut sowie die allgemeine Regierungspolitik zu besprechen.

L.H.

## Die Krise in der belgischen Politik erzeugt soziale Unsicherheit

**D**eit den nationalen Wahlen im Juni 2007 erlebte Belgien einen politischen Stillstand. Erst Mitte Dezember 2007 wurde eine geschäftsführende Regierung eingesetzt, die den Weg für eine endgültige Regierung im März 2008 freimachen sollte. In vielen Bereichen - auch in der Sozialpolitik - konnten während dieses Interregnums keine

wirklichen Entscheidungen getroffen werden. So wurde eine Antwort auf die zweite Runde der Anhörung der Kommission zum Thema Mindesteinkommen verhindert, da die zuständigen Ministerinnen und Minister keine Zeit hatten, sich mit dem Thema zu befassen. In letzter Zeit ist das soziale Klima in Belgien sehr angespannt. Die Energiepreise steigen

unaufhaltsam. Untersuchungen haben ergeben, dass die Kosten für Nahrungsmittel und weitere grundlegende Güter in einem Jahr um 15 % stiegen, während die Löhne nur um 2 % angehoben wurden.

Mieten und weitere Wohnkosten (Strom, Gas und Wasser) verbrauchen zwei Drittel der Sozialleistungen und sind auch für Menschen mit niedrigem Einkommen fast unbezahlbar. All diese Faktoren haben bei weiten Teilen der Gesellschaft zu großer Unruhe geführt (nicht nur bei Menschen, die von Armut betroffen sind). Das Ergebnis war eine Streikwelle in Industrie und Handel und eine große Instabilität in der Wirtschaft allgemein. Unterdessen fehlt weiterhin eine starke und proaktive Regierung. Wann immer Mitglieder der belgischen Regierung oder andere prominente Figuren international auftreten, werden sie nach der normalerweise recht stabilen sozialen Situation Belgiens gefragt.

Diese soziale Unsicherheit, die die Empfänger von Mindestleistungen am härtesten trifft, da die Mehrheit von ihnen von Armut betroffen ist, wird von einem wachsenden Trend zur "Aktivierung" der Mindesteinkommensbezieher begleitet, die immer öfter für ihr Elend selbst verantwortlich gemacht werden. In einer prosperierenden Wirtschaft, bei der viele Arbeitsplätze unbesetzt bleiben, wird jeder, der ohne Arbeit ist, beschuldigt, die vorhandenen Möglichkeiten nicht zu nutzen und daher für seine Arbeitslosigkeit selbst verantwortlich zu sein. Die Folge ist eine "Hexenjagd" auf jeden, der nicht arbeitet.

**Diese soziale Unsicherheit wird von einem wachsenden Trend zur "Aktivierung" der Mindesteinkommensbezieher begleitet.**

Bei der Verfolgung des von der EU gesetzten Zieles einer höheren Beschäftigungsquote werden diejenigen, die den gestiegenen Anforderungen des Arbeitsmarktes aus verschiedenen Gründen nicht gewachsen sind, unter Druck gesetzt und gestraft, was bis zu einem Verlust ihres Anspruchs auf das Mindesteinkommen reichen kann.

Menschen ohne Papiere, die aus Dritte-Welt-Ländern kommen und sogar Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten werden unterdessen als illegale Ausländer behandelt, wie Kriminelle eingesperrt - wovon auch Kinder nicht verschont bleiben - und in ihre Herkunftsländer abgeschoben, obwohl Untersuchungen ergaben, dass mehr ausländische Arbeitskräfte benötigt werden, damit das aktuelle Wohlstandsniveau aufrechterhalten werden kann.

Sogar die regionalen und nationalen Arbeitgeberverbände setzen sich für eine Regelung der Lage dieser Menschen ein, um so dem Mangel an Arbeitskräften entgegenzuwirken.

Die nationale Migrationspolitik bleibt jedoch repressiv, als könne nur die Abschiebung der Migranten ohne Papiere der belgischen Wirtschaft dienen. Diese Politik steht im direkten Gegensatz zum Ansatz der Regionalregierung, der besagt, dass "Menschen ohne Papiere die Möglichkeit haben müssen, all ihre Rechte effektiv auszuüben und dass ihnen wirkliche Zukunftsaussichten zu bieten sind".

**Ludo Horemans**  
EAPN-Belgien



The reference portal  
on poverty and social exclusion  
in Europe

Surf mal wieder ... [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

**Nachrichten aus dem Netz** möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)

Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortliche für die Veröffentlichung: **Audrey Gueudet**

EAPN, Square de Meeûs - B-1050 Brussels  
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:  
[team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

### Mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend